

## Das dicke Ende kommt erst noch

50 Jahre Schwarzbuch – Besserung ist leider auch im Norden nicht in Sicht

Im Oktober haben wir zum 50. Mal in Folge unser Schwarzbuch veröffentlicht. Und leider gibt es wieder mehr als reichlich Fälle aus dem Norden. Kurzfristig hilft der Staat, aber langfristig müssen die Steuerzahler zahlen, was ihnen Bund, Länder und Kommunen einbrocken.

Seit 30 Jahren berichten wir auch über die Verschwendung in Mecklenburg-Vorpommern. Die beispielhaften Fälle zeigen wieder auf, dass Pleiten, Pech und Pannen sowie Schlendrian und Gedankenlosigkeit nach wie vor Alltag sind in Norddeutschlands Rathäusern, Parlamenten und der Bürokratie. Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass damit fast alles wie immer ist. Doch in diesem Jahr fällt die Veröffentlichung des Schwarzbuches in eine ganz besondere und zugegeben schwierige Zeit. Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, die galoppierende Inflation mit steigenden Zinsen sowie der allgemein spürbare Klimawandel, Hungersnöte und Fluchtbewegungen in vielen Teilen der Welt führen wie die anhaltende Corona-Pandemie zu einer Anhäufung von Krisen, die wir lange nicht erlebt haben. Bundeskanzler Olaf Scholz hat im Bundestag von einer „Zeitenwende“ gesprochen.

Wer jetzt aber glaubt, dass die Politik in Deutschland die Bewältigung solch gewaltiger Krisen dadurch angeht, dass sie sich auf das existenziell Notwendige konzentriert, sieht sich bitter getäuscht. Wir erleben gerade die absurde Situation, dass Politiker von Bund, Ländern und Gemeinden Bürgern vorgaukeln wollen, sie könnten sie vor den auch finanziellen Auswirkungen der Krisen beschützen. Und statt sich auf die Kernaufgaben zu beschränken, werden derzeit jeder noch so kleinen Gruppierung, wenn sie nur laut genug schreit, finanzielle Hilfen und Unterstützung zugesagt. Für die Lobbyisten und Interessenvertreter ist das ein willkommener Anlass, alte Forderungen

und nie erfüllte Wünsche wieder hervorzukramen und gebetsmühlenartig vorzutragen. Jetzt, so die Kalkulation, finden sie selbst damit Gehör.

Auf die Frage, wer das alles bezahlen soll, zeigen die Verantwortlichen in den Kommunen und Ländern parteiübergreifend und wortreich nach Berlin in Richtung Bundespolitik. Der Bund soll's richten. Dabei ist es aus der Sicht der Steuerzahler vollkommen gleichgültig, welche Verwaltungsebene eine der vielen teuren und häufig nicht durchdachten Maßnahmen beschließt – bezahlen muss ohnehin immer der Steuerzahler. Erfahrene Steuerzahler wissen aber eben auch, dass allzu großzügige Politikerversprechungen und unausgegrenzte Förderprogramme zu einer massiven Ausweitung der Verschwendung führen. Die Schulden des Staates explodieren. Wir erinnern uns noch mit Grausen an die vielen Millionen Euro, die für nicht durchgeführte Corona-Tests und erschlichene Finanzhilfen vergeudet wurden. Gelernt hat die Politik daraus offensichtlich nichts. Weiter wird das fleißig erarbeitete Steuergeld großzügig mit der Gießkanne verteilt. Leider wissen wir schon heute, wozu das führt: Das dicke Ende für die Steuerzahler ist gewiss!

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

### Schwarzbuch

Alle Verschwendungsfälle enthält die Rechercheplattform des Bundes der Steuerzahler [www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de). Dort veröffentlichen wir regelmäßig aktuelle Updates und neue Fälle. Außerdem gibt es die Möglichkeit, mit den Autoren in eine Diskussion zu treten. Gedruckte Exemplare des Schwarzbuches können Sie dort oder bei Ihrem Landesverband kostenlos anfordern.

Sie lesen in diesem Nord-Kurier



Enthält erneut Zündstoff für Steuerverschwender: Das aktuelle Schwarzbuch 2022/23

Zum 50. Jubiläum des Schwarzbuches berichten wir in dieser Ausgabe auf vier Seiten über Fälle aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, darunter auch diejenigen, die nur in der online-Ausgabe der öffentlichen Verschwendung aufgeführt sind.

Seiten 3, 4, 5 und 6

### Sellering will nicht zahlen



Erwin Sellering (Bild) war Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, jetzt stellt er sich quer. Er will als Chef der Stiftung die Schenkungssteuer

nicht zahlen, die das Finanzamt fordert. Die Klimaschutzstiftung ist inzwischen – sieht man von Sellering ab – eigentlich allen dabei Beteiligten auf deutscher Seite peinlich, das Finanzamt hat einen entsprechenden Bescheid ausgestellt. Abzuwarten bleibt, ob Sellerings Nachfolgerin in der Staatskanzlei ihrem Vorgänger auf die Sprünge helfen kann.

Bericht auf Seite 7

# Neue Schulden trotz Rekordeinnahmen

## Krisenbewältigung Schleswig-Holsteins geht zu Lasten künftiger Generationen



**Das Land Schleswig-Holstein erwartet für 2022 einen neuen Einnahmerekord. Der Haushalt wird mit einem Überschuss enden. Dennoch steigt die Verschuldung um mehrere 100 Millionen Euro an. Ein Erklärungsversuch!**

Möglich wird die Haushaltsakrobatik der schwarz-grünen Landesregierung durch die verfassungswidrige Aufnahme eines Notkredites zur Corona-Bekämpfung in 2020. Vor anderthalb Jahren hat der renommierte Verfassungsrechtler Professor Florian Becker aus Kiel für den Bund der Steuerzahler ein Gutachten vorgelegt, aus dem zweifelsfrei hervorging, dass der Beschluss eines Corona-Notkredits durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag Ende 2020 verfassungswidrig war.

Hauptkritikpunkte waren die fehlende Zweckbindung und die Verwendung von Krediten für die Aufstockung von Rücklagen. Insgesamt hatte der Landtag mit Verfassungsmehrheit beschlossen, eine Kreditermächtigung von 5,75 Milliarden Euro über die Schuldengrenze der Verfassung hinaus zur Verfügung zu stellen. Begründet wurde dieses mit den Aufwendungen für die Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Haushaltstechnisch bedeutet eine Kreditermächtigung, dass der Landesregierung das Recht eingeräumt wird, zusätzliche Schulden aufzunehmen. Sie müssen dann über einen Zeitraum von 40 Jahren wieder getilgt werden.

Die damaligen Landtagsabgeordneten konterten unsere Kritik mit dem Hinweis, dass die Kreditermächtigung ja nur in dem Umfang in Anspruch genommen würde für die Pandemiebekämpfung. Doch die Lebenserfahrung der Steuerzahler zeigt, dass zur Verfügung gestellte Mittel immer auch ausgegeben werden. So war und ist es auch im Fall der Corona-Notkredite von Schleswig-Holstein.

Zunächst wurden 2,5 Milliarden Euro in eine Infrastrukturrücklage gesteckt, aus der die Landesregierung künftige Investitionen nach eigenem Ermessen finanzieren kann. Aber auch der übrige Kreditrahmen wurde keinesfalls zweckentsprechend verwendet. So stellte die Landesregierung im August 2022 fest, dass 2,1 Milliarden Euro überhaupt nicht benötigt würden. Dieses Geld werde nicht aufgenommen und führe deshalb auch nicht zu zusätzlicher Verschuldung. 400 Millionen Euro aus der Kreditermächtigung wurden aber im April 2022 per Landtagsbeschluss schlichtweg umgewandelt in einen neuen Notkredit für die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Konfliktes. Bis heute gibt es daraus keine Abflüsse. Deshalb wurde im September mit dem dritten Nachtragshaushalt 2022 diese Kreditermächtigung für die Abfederung der Energiekrise verplant. Aus dem Corona-Notkredit wurde mit der Zwischenstation Ukraine-Krieg jetzt ein Notkredit für die Energiekrise. Motto: Eine Verwendung für das Geld wird sich finden lassen.

Völlig vergessen wird dabei, dass ein Einsatz der Kreditermächtigung eben immer auch gleichbedeutend ist mit einer zusätzlichen Schuldenaufnahme. Mit dem Geld sollen unter anderem Energie- und Schuldenberatung sowie eine Unterstützung für Sportvereine finanziert werden. An Einsparungen in anderen Bereichen der Landesregierung wird dabei noch nicht einmal gedacht. Im Gegenteil: Jede Einsparung zum jetzigen Zeitpunkt würde die Krise vergrößern, behauptet die Landesregierung.

Dabei zeigen nicht nur unsere Verschwendungsfälle, dass bei Rekordeinnahmen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um alle wirklich notwendigen Ausgaben zu finanzieren. Lieber lebt man in Schleswig-Holstein aber zulasten künftiger Generationen. Oder anders ausgedrückt: Damit wir es in diesem Winter warm haben, müssen unsere Kinder und Enkelkinder unsere Schulden zurückzahlen! Künftige Steuerzahler also, die sich weder wehren können noch wählen dürfen.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)



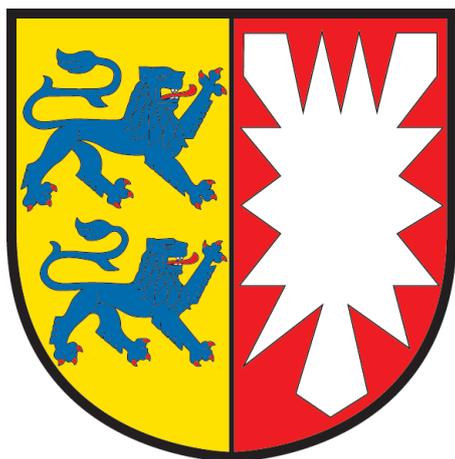
*Daniel Günther regiert als Ministerpräsident seit der Landtagswahl mit den Grünen und ohne den zuvor notwendigen dritten Partner. Seine schwarz-grüne Landesregierung verschuldet das Land auf der Basis von Krediten, die nicht verfassungsgemäß sind. Foto: © Laurence Chaperon*

### Unser Kommentar Zahlmeister

Der Bundeshaushalt weist eine Rekordverschuldung aus. Die Länder machen insgesamt einen Haushaltsüberschuss. Und auch die Kommunalhaushalte zeigen eine deutlich schwarze Null. Wo liegt hier der Fehler? Derzeit rufen alle Politiker landauf und landab nach zusätzlichen Finanzhilfen. Gezeigt wird dabei immer nach Berlin.

Doch Verschuldung bleibt Verschuldung und muss von den Steuerzahlern zurückgeführt werden, unabhängig davon, ob es sich um Bundes-, Landes- oder Kommunalschulden handelt. Die Zahlmeister sind immer wir. Die Bundesländer sind aufgefordert, zur Krisenbewältigung beizutragen. Ohne Einschränkungen bei den eigenen Ansprüchen kann man eine Krise nicht bewältigen. Einfach mal an die eigene Nase fassen!

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)



# Schleswig-Holstein sieht schwarz

Es bleibt dabei: Es gibt viele Verschwendungsfälle auch in Schleswig-Holstein, die sich im Schwarzbuch dieses Jahres leider unschwer finden lassen. Besonders ärgerlich ist, dass sich der Landtag über alle Bedenken hinweggesetzt hat und Gelder zweckentfremdet einsetzt (Bericht Vorseite). Ärgerlich ist auch, dass der Landtag in eigener Sache jede Sparsamkeit vermissen lässt.

## Erfolg unserer Kritik: Kooperation bei U-Booten

Deutschland erhält zwei weitere U-Boote und Norwegen vier gleichartige U-Boote. Im Rahmen einer Kooperation werden Reparaturkapazitäten, Ersatzteillager und Ausbildungseinrichtungen gemeinsam betrieben. Damit sollen die Probleme mit der Einsatzbereitschaft dieses teuren deutschen Rüstungsguts beendet sein.

Deutschland hatte sich international zum Gespött gemacht, weil die neuen, teuren Unterseeboote der Bundesmarine fast zeitgleich wegen technischer Probleme nicht einsatzfähig waren. Dabei zeigt gerade der Ukrainekrieg, welche Bedeutung im Ernstfall die Abriegelung der Ostsee wegen befürchteter russischer Aktivitäten hätte. Hinzu kommt, dass Deutschland sich viele Jahre etwas darauf eingebildet hat, Spitzentechnologie zu besitzen – und liefern zu können – im Bereich der kleineren Unterseeboote, die nicht mit Atommeilern angetrieben werden.

So gesehen ist es schon ein Erfolg, dass die Norweger weiterhin auf deutsche U-Boote setzen und bereit sind, in diesem Segment sogar mit der deutschen Seite zu kooperieren. Es muss sich allerdings noch zeigen, ob die deutsche Spitzentechnologie wirklich geeignet ist, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

## Kein Nutzungskonzept

Im Jahr 2015 kaufte das Land Schleswig-Holstein für 2 Millionen Euro von der Bundeswehr das ehemalige Wehrbereichskommando. Heute, nach weiteren Kosten von 5,9 Millionen Euro, gibt es immer noch kein Nutzungskonzept für den erworbenen Prachtbau.



*Obwohl der neue Landtag von Schleswig-Holstein jetzt weniger Abgeordnete hat, erhalten die Fraktionen mehr Geld. Auch die Zahl der Vizepräsidenten wurde erhöht: Von 3 auf 5. So schürt man den Frust über die Politik ohne Not.*

*Weil ein alter Gasometer für 6 Jahre unter Denkmalschutz gestellt wurde, mussten die Stadtwerke Lübeck vor dessen Abriss noch 1,6 Millionen Euro zahlen. Foto: © Holger Kröger*



## Autobahn im Moor

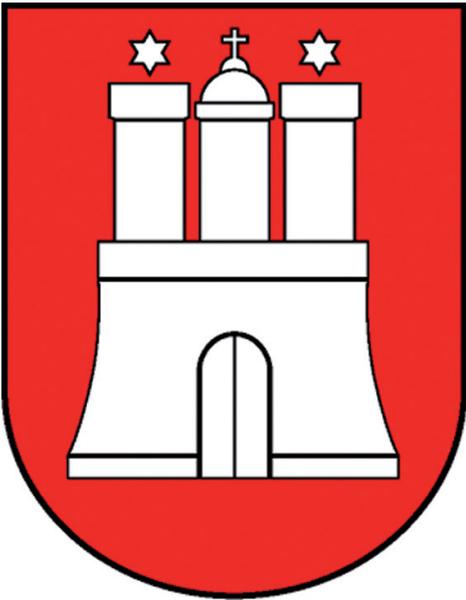
Weil sich beim Bau eines 6 km langen Autobahnteilstücks durch Moorgelände (Nettelsee) der Baugrund als nicht tragfähig erwiesen hat, steigen jetzt die Kosten auf das Doppelte.

## Ein teurer Schuppen

Weil die Politik unbedingt einen maroden ehemaligen Verladeschuppen erhalten will, soll ein Fahrradstellplatz am neuen Rathaus mehr als 17.000 Euro kosten. Dabei ginge das auch für rund 2.500 Euro.

## Kanalausbau kostet

Der Neubau der Levensauer Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal wird mehr als vier Mal so teuer wie geplant, die neuen Schleusen in Kiel haben sich in ihren Kosten fast verdreifacht. Lohnt sich das?



Der Hamburger Steuerzahlerbund hat sechs Fälle von Steuerverschwendung im aktuellen Schwarzbuch aufgelistet. Zwei weitere Fälle werden zudem online veröffentlicht.

## Schranken-Posse im Stadtpark

Im Stadtpark wurde eine einfache Schranke im Jahr 2014 durch eine hochmoderne Poller-Anlage ersetzt – Kosten: 71.500 Euro. Seitdem war sie über 4 Jahre außer Betrieb, obendrein verschlang sie noch 35.000 Euro für Reparatur- und Wartungsarbeiten. Zuletzt war die Poller-Anlage fast 2 Jahre am Stück – von Mitte 2020 bis Mai 2022 – wegen Schäden am hydraulischen System nicht funktionsfähig.

*Die Poller-Anlage am Stadtpark ist stör- und reparaturanfällig und daher meistens außer Betrieb.*

*Alle Fotos: © Mummenhoff / BdSt Hamburg*



*Aus Fehlern nichts gelernt: Trotz Investitionen von mehreren Tausend Euro steht das erste öffentliche Fahrradparkhaus an der Kellinghusenstraße immer noch leer. Dennoch plant die zuständige Behörde zusätzliche Abstellmöglichkeiten und argumentiert damit, dass „Fahrradparkhäuser den Steuerzahler weniger kosten als Kfz-Parkhäuser“. Der Nutzen des falsch konzipierten Fahrradhauses ist für die Behörde offensichtlich zweitrangig.*



*Unser Intervenieren hat sich gelohnt! Finanzsenator Andreas Dressel (SPD) hatte nämlich ernsthaft in Erwägung gezogen, das traditionsreiche Osterfeuer 2022 mit Mitteln aus der Corona-Hilfe zu unterstützen. Der Bund der Steuerzahler machte das Thema öffentlich – und Dressel einen Rückzieher. Auf Nachfrage erklärten die Finanzbehörde und Bezirksamt, dass ihnen Zuwendungen aus Corona-Hilfsprogrammen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Osterfeuer am Elbstrand nicht bekannt seien.*



## Schädliche Debatte

Debatte zerstört zukunftsweisendes Projekt: Nach Vorwürfen gegen Hamburgs Finanzsenator hat dessen Behörde einen Fördervertrag gestoppt. Es geht um 9 Millionen Euro öffentliche Mittel, mit denen Start-ups in die Stadt gelockt werden sollten. Weitere 9 Millionen Euro sollten aus der Wirtschaft eingeworben werden. Nun droht sogar ein juristisches Tauziehen.

## Teures Impfzentrum

Hamburg richtete extra für die Stadtmitarbeiter ein Impfzentrum am Normannenweg ein. Doch statt 16.800 Impfungen waren es nur 8.300 – und nach knapp fünf Wochen war auch schon wieder Schluss. Kosten allein für die Infrastruktur 1,2 Millionen Euro.

*Das Impfzentrum am Normannenweg für die Stadtmitarbeiter war überflüssig.*



## 647 Räume reichten in Hamburg nicht mehr aus

Im Hamburger Rathaus stehen 647 Räume und Säle dem Senat und der Bürgerschaft zur Verfügung. Jahrzehntlang hat das ausgereicht. Und nun das: Wie Anfang 2021 bekannt wurde, hatte im Oktober 2020 die Bürgerschaftskanzlei nicht nur einzelne Räume, sondern zusätzlich gleich ein ganzes Gebäude mit insgesamt 1.734 qm angemietet – weil das Rathaus angeblich zu klein ist. Kosten: 2,78 Millionen Euro für 6 Jahre. Das Haus, das früher von der Hamburg School of Business Administration (HSBA) genutzt worden war und der Handelskammer gehört, stand seit Ende 2020 leer.

*Schick und sehenswert – aber ob die Anmietung des Gebäudes der Handelskammer für die Bürgerschaft notwendig war, darf ernsthaft bezweifelt werden.*

*Alle Fotos: © Mummenhoff / BdSt Hamburg*

## Online-Fall: 1 Million Euro versenkt

Beim Bau des Baakenparks in der Hafen-City hat die HafenCity GmbH mit Mehrkosten von mindestens 1 Million Euro eine Fahrinne für Barkassenverkehre ausgebaut, ohne zu klären, ob dafür ein Bedarf besteht.

*Damit Barkassen den östlichen Teil des Baakenhafens befahren können, investierte die HafenCity Hamburg GmbH 1,4 Millionen Euro. Tatsächlich wäre auch eine deutlich günstigere Ausbauparallel in Frage gekommen. Zusätzliche Kosten für den Steuerzahler: 1 Million Euro.*

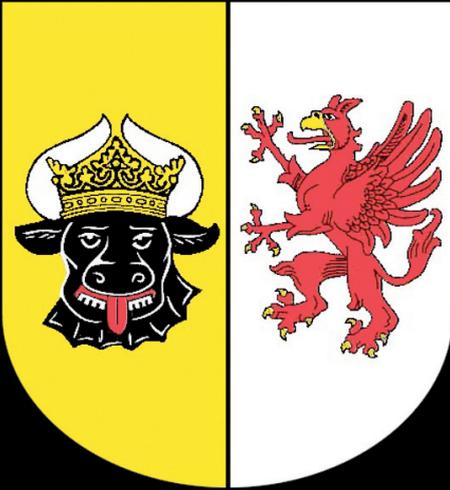


## Online-Fall: HSV gar nicht sportlich

Der Fußballverein Hamburger SV hat Geld der Stadt – gedacht für die Stadion-Sanierung – für andere Zwecke ausgegeben. Die Stadt hatte dem HSV das Gelände des Volksparkstadions für 23,5 Millionen Euro abgekauft, ein Erbbaurecht eingeräumt. Der Grundstücksverkauf stand im Zusammenhang mit der Bewerbung Hamburgs als Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 2024. Die 23,5 Millionen Euro sollten den HSV befähigen, die notwendigen – u.a. von der UEFA geforderten – Investitionen in das Stadion zu zahlen. Im Juli 2022 gab der HSV bekannt, dass von den 23,5 Millionen Euro kaum noch etwas übriggeblieben ist. Demgegenüber stehen allerdings die immensen Kosten für die Stadionsanierung – etwa 33 Millionen Euro. Der HSV hofft nun, die Stadt Hamburg als Bürgen gewinnen zu können. Geldgeber würde es geben.



*Es ist so gekommen wie befürchtet: Die 23,5 Millionen Euro der Stadt Hamburg wurden in den laufenden Betrieb investiert. Jetzt fehlt das Geld für die Sanierung.*



## Das aktuelle Schwarzbuch: 6 Fälle aus MV

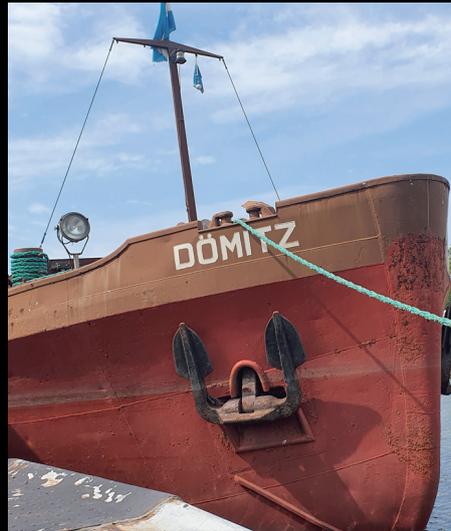
Keine Verschwendung ist „zu klein“ oder „zu groß“, um ihren Weg in das „Schwarzbuch“ zu finden. Oft sind es Ihre Hinweise, die eine Fallrecherche auslösen. Dies sind die Fälle, die es in diesem Jahr ins „Schwarzbuch“ geschafft haben:

### Wechselkurs wird zum Kostenrisiko

Seit mehr als 30 Jahren rettet das Land Mecklenburg-Vorpommern seine Werften. In wechselnden Konstellationen sind dafür über die Jahre viele hundert Millionen Euro geflossen. Zuletzt machte sich das Land mit dem Bau von Mega-Kreuzfahrtschiffen für den asiatischen Markt einen Namen. Doch mit Beginn der Pandemie erfuhr dieser Industriezweig ein jähes Ende. Das Land Mecklenburg-Vorpommern vergibt ein Darlehen und vergisst, das Wechselkursrisiko abzusichern. Alle Fotos: © Michaela Skott / BdSt MV

### Gastspiel: New York, Rio und sogar Peenemünde

Das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert auf Usedom mit 910.000 Euro ein exklusives Europa-Gastspiel des weltberühmten New York Philharmonic-Symphonieorchesters. Das gab zwar schöne Bilder, bringt aber wenig Nachhaltiges für Tourismus sowie Kunst und Kultur.



### Es fährt ein Schiff nach nirgendwo

Der Eigner eines vor mehr als 60 Jahren erbauten Frachtschiffs ging 2021 in Rente. Er suchte einen Käufer für das Motorschiff, das seine beste Zeit schon lange hinter sich hat. Mit der Stadt Anklam hat er nun einen Käufer gefunden – die Stadtvertretung beschloss, den Schrottrfrachter für 50.000 Euro zu kaufen.



### Eine Plattform, die kaum jemand nutzte

Zu Beginn der Pandemie beschloss die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, regionalen Händlern eine Plattform für die Vermarktung ihrer Produkte zur Verfügung zu stellen. Nach nur 17 Tagen präsentierte das Land die erste Lösung – doch das staatliche Angebot kostet viel Steuergeld und nützt wenig.



### Online-Fall: Autofrei in Villariba – Stau in Villabaja

Beim Bau einer unnötigen Umgehungsstraße im Norden der Landeshauptstadt Schwerins drohen die Kosten zu explodieren. Die „Nordumgehung“ in Mecklenburg-Vorpommern erhitzt die Gemüter und es stellt sich die Frage für die Steuerzahler: „Muss das sein?“



### Online-Fall: PR-Coup statt echter Hilfe in der Not?

Ohne nachweisbare Effekte will Mecklenburg-Vorpommern Balkonkraftwerke für Privatpersonen mit je 500 Euro als Ausgleich in der Energiekrise fördern. Kostenpunkt: 10 Millionen Euro für das Land. Experten sprechen sich gegen diese Förderpraxis mit der Gießkanne aus.



Grafische Visualisierung des Inselhafens und Blick in die Prerowbucht. Foto: © Tinus Medien

# Vom „Nothafen“ zum Inselhafen

*Nach Prüfung der Argumente: Das Projekt ist kein Fall für künftige Schwarzbücher*

**Er wird teuer, der neue „Inselhafen Prerow“ – aber er ist notwendig. Zu diesem Schluss kommt der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern nach eigener Recherche. Merke: Nicht jede hohe Investition ist auch ein Fall für unser Schwarzbuch. Darum dokumentieren wir hier den Ablauf.**

Oft erhalten wir Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern oder „stolpern“ selbst über Ungereimtheiten und offene Fragen. So war es auch mit dem „Inselhafen Prerow“. Insgesamt rund 46 Millionen Euro wird der neue Hafen kosten, der den bisherigen „Nothafen Darßer Ort“ ersetzen soll. Wir erhielten hierzu per E-Mail den Hinweis, diese Angelegenheit zu prüfen. Das haben wir getan. Dazu setzten wir uns mit dem zuständigen Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, Ländliche Räume und Umwelt in Verbindung. Deutlich wurde: Der Weiterbetrieb des bisherigen „Nothafens Darßer Ort“ ist aufgrund seiner Lage in einem Nationalpark und der stetigen Versandung nicht mehr möglich. Die Sedimenteinträge wurden in der Vergangenheit immer wieder ausgebaggert, was genauso regelmäßig mit Kosten verbunden war. Dennoch standen zuletzt deutlich weniger Schutzplätze zur Verfügung als bei der Einrichtung des Nothafens in den 90er Jahren.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch: Das Land hat eine gesetzliche Pflicht

zur Vorhaltung von Rettungsdiensten in diesem Küstenabschnitt. Den Dienst selbst übernimmt die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), welche wiederum eine entsprechende Infrastruktur für ihre Arbeit benötigt. Klingt selbstverständlich, ist oder besser war es hier aber nicht mehr: Diese Voraussetzung war zuletzt durch die Sedimentierung nicht immer gegeben. Gleichzeitig braucht es in diesem Abschnitt einen Etappenhafen, der gleichzeitig auch eine Schutzfunktion bietet. Wir sprachen dazu mit einem BdSt-Mitglied, das gleichzeitig passionierter Segler ist. Wofür braucht es diesen Hafen und in welcher Größe? Unser Mitglied bestätigt diese wichtigen Funktionen, vor allem für weniger erfahrene Bootsführer und ältere Menschen oder eben bei schwierigen Wetterlagen zwischen Warnemünde und Barhöft sowie den Häfen auf Hiddensee. Er führt sogar ins Feld, dass ein weiterer Etappenstopp hilfreich wäre für Segelnde, die aus den verschiedensten Gründen keine längeren Strecken am Stück fahren können oder wollen. Klar wurde so: Wenn Mecklenburg-Vorpommern seinen Ruf als Segelrevier behalten will, muss es hier tätig werden. Das gilt umso mehr, weil eben auch weniger erfahrene Segler an unserer Küste Urlaub machen sollen. Mit diesen neuen Informationen gerüstet schauten wir uns die Planung des Insel-

hafens Prerow genauer an: Liegeplätze für die DGzRS, acht Liegeplätze für die örtlichen Fischer sowie 33 Liegeplätze für schutzsuchende Boote und drei weitere für ortstypisches Gewerbe. Angesichts des zunehmenden touristischen Schiffsverkehrs in dem beliebten Segelgebiet erscheint die Anzahl der Liegeplätze sinnvoll, zumal diese auch Einnahmen für die Gegenfinanzierung der jährlichen Betriebskosten in Höhe von rund 260.000 Euro generieren können. Ein wichtiger Faktor, denn neben den eigentlichen Investitionskosten gilt es stets, auch die absehbaren laufenden Kosten im Blick zu behalten.

Ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung, ob es sich um einen möglichen Verschwendungsfall handelt, ist für uns immer auch die Frage nach der Alternativenprüfung. Auch hier kann das Land liefern: Sowohl der Weiterbetrieb des Nothafens am alten Standort, als auch andere Standorte und Bauweisen wurden geprüft. Die Entscheidung für den Inselhafen Prerow erscheint danach schlüssig.

**Fazit: Der Steuerzahlerbund Mecklenburg-Vorpommern kommt zu dem Schluss, dass das Parlament und die Landesregierung in Schwerin eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen haben. Eine Verschwendung von Steuergeld ist derzeit nicht erkennbar.**

## Stiftung soll zahlen

Es geschehen noch Zeichen und ... Nachdem die Kritik um die knapp 10 Millionen Schenkungssteuer, die das Land der Klimaschutzstiftung erlassen sollte (oder wollte?) nicht abebbte, wurde jetzt bekannt, dass das Land nun einen Steuerbescheid über 9,8 Millionen Euro ausgestellt hat. Auch die aktive Pressearbeit un-

seres Verbandes hat dazu beigetragen, dass das Thema öffentlich statt nur in Hinterzimmern verhandelt wurde. Ein Erlass wäre auch Steuerpflichtigen, die schließlich zahlen müssen, nur schwer zu erklären. Man denke nur an Erben, die sich krummlegen müssen. Der Stiftungsvorstand, immerhin ein ehemaliger Ministerpräsident, ist mit dem Vorgehen nicht einverstanden und will gegen den Steuerbescheid klagen.

**Michaela Skott, [presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)**

# Blick durch den Norden



Ist das nun Unfähigkeit oder Absicht? Richtig ist auf alle Fälle, dass auch Wochen nach den Berliner Beschlüssen viele Men-

Drücken wir es doch vorsichtig aus: Die Zeiten sind schwierig. Corona, der vom russischen Staatschef angezettelte Ukrainekrieg, der Mangel an bezahlbarer Energie, sei es Gas oder Strom. Die Zeiten sind nicht nur schwierig, sondern auch hart vor allem für die Menschen, die genau rechnen müssen, um klar zu kommen.

Das Virus, der Krieg – nicht kalkulierbar. Aber eine andere Frage drängt sich auf: Warum zeigt sich die Politik in unserem Land unfähig, die Schwierigkeiten und Probleme zu erklären. Ob nun das Gas billiger wird oder nur ein Teil davon, über wieviel Geld wir reden, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Es gibt das Bundespresseamt, es gibt entsprechende Abteilungen in jedem Bundesland, es gibt auch auf kommunaler Ebene viele – meist gut bezahlte – Pressesprecher(innen). Aber es gibt auch eine weit verbreitete Abneigung der zuständigen Personen, sich klar auszu-drücken.

schen quasi ratlos stehen vor einem Berg an Stellungnahmen, die bei näherem Hinsehen keine echten Stellungnahmen sind. Wo immer sich ein Problem auftut, wird eine neue Kommission eingesetzt oder eine Arbeitsgruppe. Aber belastbare Zahlen über die Mehrbelastung oder auch Entlastung der Bürger – Fehlanzeige. Viel ist in den vergangenen Wochen gerätselt worden darüber, warum die Alternative für Deutschland (AfD) so viel Zulauf hatte, etwa bei der Niedersachsenwahl. Wirklich überraschen aber konnte das nicht, weil die regierenden Politiker sich vorzugsweise hinter Worthülsen versteckten, statt Klar-text zu sprechen.

Klar: Wohl nie zuvor hatte es die Republik mit so vielen so schwerwiegenden Krisen gleichzeitig zu tun wie derzeit. Aber die Unfähigkeit der Handelnden, mit den normalen Menschen zu kommunizieren, ist damit nicht zu erklären.

Nicht wirklich schlüssig ist auch der Umgang mit der Pandemie. Die Infektionszahlen sind wieder stark gestiegen aber

sie werden von der Politik weitgehend ignoriert. Dass es einen Zusammenhang gibt zwischen großen Volksfesten und den anschließend steigenden Zahlen der Erkrankungen, ist jedem Bürger klar, der das kleine Einmaleins beherrscht. Aber es wird – vielleicht – nicht geleugnet aber übersehen, oder besser, übersprungen von den Verantwortlichen. Einig sind sich die Politiker eigentlich nur bei all den Reaktionen, die sie ausschließen. Schuldig aber bleiben sie vielen Menschen eine klare Aussage über die Gefahren ihrer Untätigkeit. Manchmal fragt man sich, was der damals unabhängig tuende heutige Gesundheitsminister Lauterbach wohl gesagt hätte, als er noch nicht in Amt und Würden war.

Noch bevor sie in Amt und Würden kamen, mussten die Grünen in Niedersachsen eine Kröte schlucken. Aus Berlin und hier vom Bundeskanzler Olaf Scholz kam die Anweisung, das Kernkraftwerk Emsland bis in den April 2023 weiterlaufen zu lassen. Dieses Veto widerspricht nicht nur dem Parteitagbeschluss der Grünen auf Bundesebene, sondern auch der erklärten Haltung von SPD und Grünen in Niedersachsen. Der Schwung der gewonnenen Landtagswahl war dahin, ehe er sich so richtig entfalten konnte. Aber wie oben bereits ausgeführt: Dies sind keine normalen Zeiten...

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich  
**Auflage:** 21.000, 51. Jahrg., 11/2022

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

## Haus und Wohnung gegen Einbruch sichern



Alle sieben Minuten wird in Deutschland eingebrochen. Damit ist die Einbruch- und Einbruchdiebstahl-Kriminalität in Deutschland erschreckend hoch. Sie nimmt in der dunklen Jahreszeit noch zu. Ob Eigenheim, Etagenwohnung oder Wochenendhaus, ob Kleingewerbe oder Selbstständige, alle sind betroffen.

Wie die vielen Förder-Möglichkeiten und Vorsorge-Maßnahmen gegen Einbruch genutzt werden können, darüber will der Bund der Steuerzahler (BdSt) informieren.

**Zu einem Vortrag des BdSt-Bezirksverbandes Neumünster/Segeberg über Einbruchsprävention laden wir für Dienstag, den 8. November 2022, um 19.00 Uhr nach Bad Bramstedt ein. Die Veranstaltung findet im Hotel Trypby-Wyndham (ehemals Köhlerhof), Am Köhlerhof 4, 24576 Bad Bramstedt statt.**

Als fachkundigen und unabhängigen Referenten haben wir Polizeioberkommissar Christian Schmok, Präventionsbeamter von der Polizeidirektion Bad Segeberg gewonnen. Er wird erläutern, mit welchen verschiedenen Maßnahmen eine Immobilie effektiver geschützt und die Wahrscheinlichkeit für einen Einbruch deutlich reduziert werden kann. Gäste sind herzlich willkommen.

Bitte melden Sie sich in der Geschäftsstelle Kiel unter 0431 / 99 01 65-0 oder per Mail: veranstaltungen-sh@steuerzahler-sh.de an.